

LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN

8. Wahlperiode

Enquete-Kommission

„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“

Kommissionsdrucksache

8/74

27. Oktober 2023

INHALT:

**Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem Prozess
#mitmischenMV
zum Themenccluster politische und gesellschaftliche
Beteiligung durch IRIS e. V.**



Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem Prozess

#mitmischenMV



IMPRESSUM

Autorenschaft:

Dipl.-Päd. Pia Rohr

M.A. Philipp Blank

Prof. Dr. Thomas Markert (Hochschule Neubrandenburg)

Lektorat und Satz:

Thekla May, Genya Bieberbach und Pia Rohr

Herausgeber:

Institut für regionale Innovation und Sozialforschung e.V. (IRIS e. V.)

Räcknitzhöhe 35a

01217 Dresden

www.iris-ev.de

Dresden, Oktober 2023

EINORDNUNG DER ERGEBNISSE **4**

METHODISCHER ZUGANG UND RELEVANZ	4
WER HAT SICH AN #MITMISCHENMV BETEILIGT?	5
WELCHE FORMALEN BETEILIGUNGSGREMIEN KENNEN JUGENDLICHEN?	7
WELCHE BETEILIGUNGSERFAHRUNGEN HABEN JUGENDLICHE IN WELCHEN HANDLUNGSFELDERN?	8

WAS BRAUCHT ES AUS DER SICHT VON JUGENDLICHEN FÜR EINE GELINGENDE BETEILIGUNG? **12**

BETEILIGUNGSSTRUKTUREN	13
RECHTE	13
NIEDRIGSCHWELBIGKEIT	13
UNTERSTÜTZUNG DURCH ERWACHSENE	14
BUDGETIERUNG VON BETEILIGUNG	14
INFRASTRUKTUR	15
ORTE UND ZEITEN	15
BILDUNGS- UND QUALIFIZIERUNGSANGEBOTE/WISSEN	15
INFORMATIONEN	15
VERNETZUNG	16
BETEILIGUNGSKULTUR	16
ANERKENNEN UND ERNST NEHMEN	16
MOTIVATION UND ANREIZ	17
BETEILIGUNG ALS LERNPROZESS	18
BETEILIGUNGSPRAKTIKEN	18
UMFASSENDE UND ECHTE BETEILIGUNG	19
KURZE ZEITHORIZONTE UND UNMITTELBARE RÜCKMELDUNGEN	19
INKLUSIVE, JUGENDGERECHTE FORMEN	20

BEI WELCHEN THEMEN KÖNNEN UND WOLLEN JUGENDLICHE MITBESTIMMEN? **21**

MITBESTIMMUNG IN DER FAMILIE, DEM ZUHAUSE	22
MITBESTIMMUNG IN DER SCHULE	22
MITBESTIMMUNG AUF ARBEIT	23
MITBESTIMMUNG IN DER FREIZEIT	24

WELCHE KONKRETEN IDEEN FÜR EINE VERBESSERTE BETEILIGUNG HABEN JUGENDLICHE VORGESCHLAGEN? **25**

ANMERKUNGEN ZUM KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNGSGESETZ (KIJuBeGe) **28**

WAS ERHOFFEN SICH JUGENDLICHE VOM KIJuBeGe?	28
WAS BEFÜRCHTEN JUGENDLICHE IM HINBLICK AUF DAS KIJuBeGe?	29
WAS KRITISIEREN JUGENDLICHEN AM KIJuBeGe?	29
WAS SOLL AUS SICHT JUGENDLICHER AM KIJuBeGe GEÄNDERT WERDEN?	30
WAS SOLL IM KIJuBeGe NOCH GEREGLT WERDEN?	30
WELCHE FRAGEN ZUM KIJuBeGe BLEIBEN BEI JUGENDLICHEN OFFEN?	30
WIE SOLL DAS KIJuBeGe UMGESETZT UND BEKANNT GEMACHT WERDEN?	31

EINORDNUNG DER ERGEBNISSE

METHODISCHER ZUGANG UND RELEVANZ

#mitmischen ist der Jugendbeteiligungsprozess, der parallel zur Enquetekommission organisiert wird. Es gab unterschiedliche Formate, über die junge Menschen befragt wurden bzw. in denen sie sich mit bestimmten Themen auseinandergesetzt haben. Dieser Zwischenbericht stellt eine Zusammenfassung dieser vielfältigen Äußerungen in Fragebögen, Workshops, digitalem „Ideenhafen“ usw. dar. Das *Themencluster 1: Gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen* bietet als Teil des gesamten Beteiligungsprozesses dabei das Potenzial, einerseits einen Einblick in die Perspektiven junger Menschen zu erhalten, was dieser Bericht unterstützen soll. Andererseits können aus den Inhalten in einem zweiten Schritt auch methodische Hinweise für die weitere Gestaltung des Beteiligungsprozesses abgeleitet werden.

Die Analyse der **quantitativen Daten** erfolgte deskriptiv; tiefergehende, nach Zusammenhängen suchende Analysen sind aufgrund der kleinen Stichprobengröße nicht möglich gewesen. Die **qualitativen Daten** wurden inhaltsanalytisch ausgewertet. Ausgehend von den in der Beauftragung des wissenschaftlichen Gutachtens festgehaltenen Erkenntnisinteressen der Kommission wurden zunächst Kategorien an das Datenmaterial angelegt und entsprechende Zuordnungen getroffen. Dieses Kategoriensystem ist weitgehend identisch mit den im Inhaltsverzeichnis abgedruckten Unterüberschriften. Parallel zu dieser deduktiv-strukturierenden Form der Qualitativen Inhaltsanalyse wurden die Daten auch induktiv dahingehend geprüft, ob sich aus dem Material Erweiterungen bzw. Präzisierungen des Kategoriensystems anbieten. Ergebnisse dieser inhaltsanalytischen Strukturierung und Zusammenfassung wurden in beschreibenden Textabschnitten vereint.¹ Forschungspraktisch wurde dafür die Analysesoftware MAXQDA genutzt.

Grundsätzlich bezieht sich der Bericht auf Äußerungen von jungen Menschen bzw. Dokumente, die solche Äußerungen rekonstruieren (Protokolle, Dokumentationen), die sowohl in den verschiedenen Beteiligungsformaten als auch den freien Eingabefeldern der Onlinebefragungen dokumentiert sind. Diese Äußerungen wurden nicht nach quantitativen Kriterien gewichtet, sondern Einzelnennungen werden genauso berücksichtigt wie Themensetzungen, die mehrfach aufgeworfen werden. Diese gleichwertige Einbeziehung ist zum einen die Konsequenz aus der offenen Beziehung der vorliegenden Auswahl der einbezogenen jungen Menschen im Verhältnis zur Grundgesamtheit der jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern allgemein und in ihrem thematischen Verhältnis zum Themencluster 1. Zum anderen ging es in der Auswertung der qualitativen Daten darum, die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses der Jugendlichen anerkennend sichtbar zu machen, sie gleichberechtigt neben die von Fachexpert*innen, Politiker*innen und anderen Erwachsenen zu stellen. Die vorliegende thematische Systematisierung bietet der Enquetekommission und weiteren Akteur*innen im Beteiligungsprozess somit vielfältige Anknüpfungspunkte für eine fokussierte Weiterarbeit an den für Jugendliche relevanten Themen. Die Zitate im Zwischenbericht stammen überwiegend aus den Praxisberichten der Jugendlichen vor der Enquetekommission, das rührt vor allem daher,

¹ Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 11., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Weinheim, Basel: Beltz, S. 65 f.

dass in diesen Dokumenten zusammenhängende Originaltexte Jugendlicher zu finden sind. Die Zitate sollen zur Veranschaulichung der zusammengefassten Passagen dienen und die Stimme Jugendlicher sichtbar machen. Sie sind keine Gewichtung der Inhalte.

Die innerhalb des Auftrags unternommene **Teilnehmende Beobachtung** der Jugendkonferenz wurde in Beobachtungsprotokollen entsprechend ethnografischen Beobachtens² dokumentiert. Diese Daten fließen in die Reflexion des Beteiligungsprozesses ein, die außerhalb dieses Berichts unternommen wird.

WER HAT SICH AN #MITMISCHENMV BETEILIGT?

Zum *Themencluster 1: Gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen* wurden folgende schriftliche Befragungen durchgeführt:

- a) eine Onlinebefragung zum Engagement
- b) eine Onlinebefragung zur Jugendbeteiligung
- c) eine auf jüngere (Grundschul-)Kinder orientierte und durch pädagogische Fachkräfte zu vermittelnde Onlinebefragung
- d) eine Onlinebefragung „Beteiligung vor Ort“ im Kontext des Gesetzgebungsprozesses zur Jugendbeteiligung

In der nachfolgenden Zusammenführung konzentrieren sich die quantitativen Analysen auf die mit insgesamt 482 (zumindest anteiligen) Antworten stärkste Befragung b) – im Folgenden kurz als Onlinebefragung bezeichnet. Die als Methodentest geführte Befragung a) wurde in 111 Fällen beantwortet, für die Kinderbefragung c) liegen nur 2 vollständige Antworten vor, die sich auf weniger als 20 Kinder beziehen. An der letzten Befragung d) nahmen 97 Personen teil.

Für die **Onlinebefragung** liegen 203 vollständige Antworten vor. An ihr nahmen insbesondere ältere Kinder und minderjährige Jugendliche teil (50 %, n=101). Erwachsene junge Menschen bilden mehr als ein Viertel der Befragten (28 %, n=57); bei 20 Antworten wird ein Alter von über 26 Jahren angegeben, was auch bedeuten kann, dass es sich nicht mehr um junge Menschen handelt. Etwa 12 % der Antworten sind von Kindern im Altersspektrum bis max. 11 Jahre eingegangen, worunter auch 8 Kinder sind, die angeben, kein Schulkind zu sein; wie hier die Beantwortung der schriftlichen Befragung ohne Einbindung von bzw. Steuerung durch Erwachsene vollzogen wurde, ist offen und muss als kritisch eingeschätzt werden.

In der Abbildung 1 ist die weitere Verteilung der angegebenen Tätigkeiten abzulesen. Daraus ergibt sich, dass bei den hier vorgelegten quantitativen Befunden zu Beteiligungsmöglichkeiten an Schulen die Perspektiven aus dem Bereich der Sekundarschulen dominieren, da Einschätzungen von Kindern aus Grundschulen nur marginal vorliegen. Insgesamt mehr als ein Fünftel der Antworten stammen von berufstätigen Menschen und somit aus einer nicht mehr durch Bildungsinstitutionen bestimmten Lebensphase. In der ergänzenden Kategorie „anderes“ sind u. a. zwei Personen enthalten, die angeben, arbeitslos zu sein. Diese Eintragungen

² Breidenstein, Georg/Hirschauer, Stefan/Kalthoff, Herbert/Nieswand, Boris (2020): Ethnografie. Die Praxis der Feldforschung. 3., überarbeitete Auflage. München: UVK Verlag.

weisen darauf hin, dass mit den vorgegebenen Antwortkategorien primär erfolgreiche Normalbiografien abgebildet werden.

An der Onlinebefragung nahmen junge Menschen zumindest aus allen Regionen des Bundeslandes teil, wobei der Landkreis Vorpommern-Greifswald deutlich unterrepräsentiert und die Landeshauptstadt Schwerin deutlich überrepräsentiert ist. In den nachfolgenden statistisch-deskriptiven Analysen wird an zwei Stellen gezeigt, dass die vorliegende Zufallsstichprobe von einem überdurchschnittlichen Engagement der Teilnehmenden gekennzeichnet, also thematisch nicht repräsentativ ist.

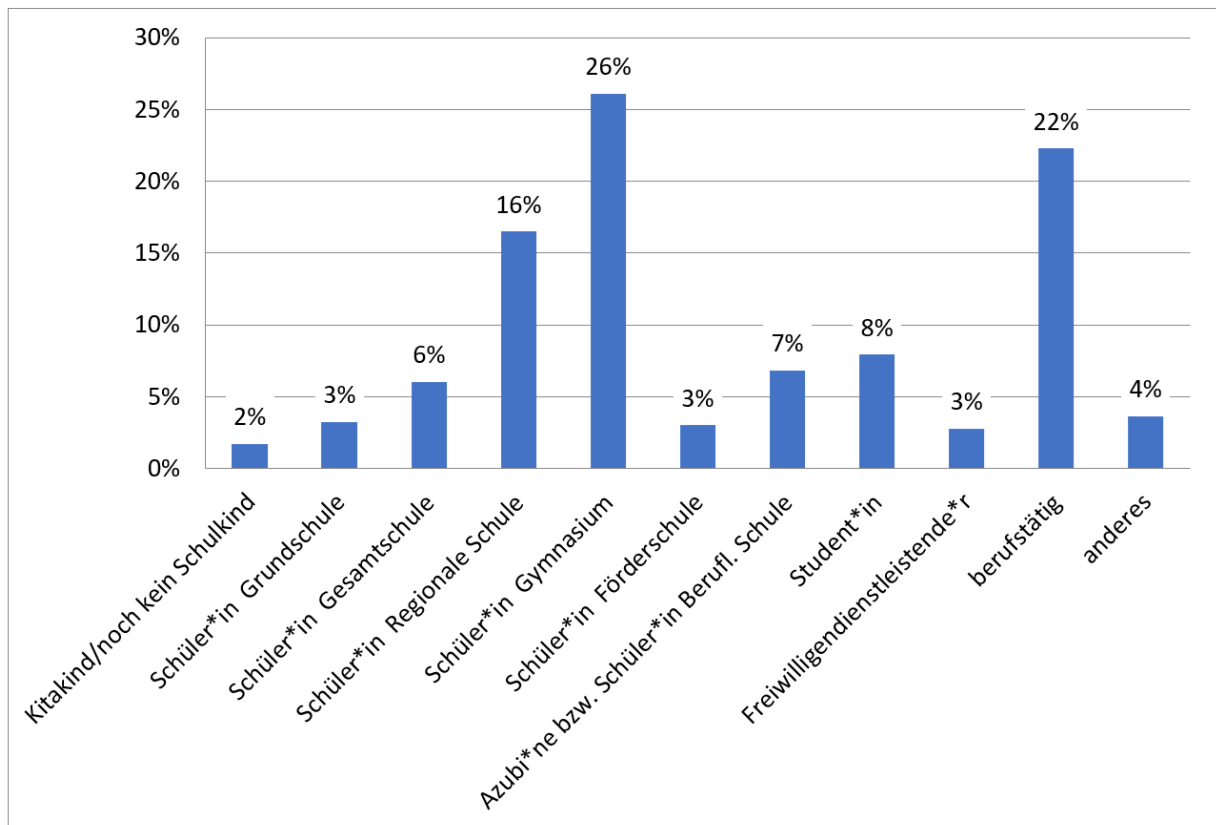


Abb. 1: Aktuelle Tätigkeiten der Befragten

Für die **Veranstaltungen und Kurzbefragungen** des offenen Mitwirkungsprozesses gibt es keine systematische Dokumentation von Anzahl, Alter, Geschlecht, Schulart, Wohnort etc. der Jugendlichen, die teilgenommen haben. Auf der Basis der vorliegenden Angaben haben sich schätzungsweise rund 350 junge Menschen im Alter von 5 bis 27 Jahren an den unterschiedlichen Veranstaltungen beteiligt. Dabei ist aufgrund der Selbstauskünfte der Jugendlichen davon auszugehen, dass einige von ihnen an mehreren Veranstaltungen teilgenommen haben.

In die Auswertung sind die Dokumentationen folgender Veranstaltungen eingegangen:

- » Besuchergruppen - Workshop Sekretariat, 04.11.2022
- » Tauschveranstaltung „buy nothing day“, 25.11.2022 in Rostock
- » Besuchergruppen - Workshop Sekretariat, 02.12.2022
- » Ergebnisse einer kleinen Umfrage des Pfadfinderbund MV mit Teilnehmenden aus Greifswald, Bergen, Schwerin, Rostock), 04.02.2023

- » Straßenaktion des Sekretariats in der Fußgängerzone in Parchim, 07.03.2023
- » Dokumentation Workshop Regionalschule LK Rostock, 29.03.2023
- » Dokumentation Workshop Jugendklub Schwerin, 30.03.2023
- » Dokumentation Workshop Jugendgremium, 22.04.2023 in Schwerin
- » KiJuPaRaBe - Vernetzungstreffen der Kinder- und Jugendbeteiligungsgremien in Mecklenburg-Vorpommern, 30.04.2023 in Salem
- » Aktion des Sekretariats beim Aktionstag reclaim your streets, 09.06.2023 in Rostock
- » Besuchergruppen - Workshop Sekretariat, 09.06.2023
- » Workshop beim Jugendaktionstag It's a match, 30.08.2023 in Parchim
- » Jugendveranstaltung des Landesjugendrings Jugend fragt nach, 11. - 13.09.2023 in Schwerin
- » Aktionen des Sekretariats bei „Musik und Politik im Schloss“, 13.09.2023 in Schwerin
- » Rückmeldungen vom Ideenhafen (Homepage, instagram)
- » Redebeiträge vor der Enquetekommission am 17.03.2023
- » Jugendkonferenz der Enquetekommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“, 22. - 24.09.2023 in Prora

WELCHE FORMALEN BETEILIGUNGSGREMIEN KENNEN DIE JUGENDLICHEN?

In den verschiedenen Veranstaltungen des Mitwirkungsprozesses wurde deutlich, dass Jugendliche vielfältige Beteiligungsformate, in denen sie sich für ihre Belange einsetzen können, kennen, u. a. Kinder- und Jugendräte in Kommunen, Kinder- und Jugendbeiräte für bestimmte Veranstaltungen, Jugendparlamente, Jugendinitiativen, Jugendforen und Strukturen im Schulkontext, wie Klassensprecher*in, Schulsprecher*in, die Schulkonferenz, den Landes- und Stadtschülerrat sowie Jugendorganisationen der Parteien.

Aus Sicht der Jugendlichen sollte es in jeder Kommune die Möglichkeit für Kinder- und Jugendräte geben. Auch wenn sie die Schwierigkeit sehen, dass es „vielleicht nicht überall genug Personen [gibt], die sich dazu bereit fühlen und motiviert sind“ (Dokumentation Umfrage Finder), so erwarten sie doch, dass jede Kommune „den Versuch unternehmen und welche anregen“ (ebd.) sollte. Sie wünschen sich, dass solche Gremien bekannter und einfacher zugänglich sind, dass es sie für verschiedene Themen und Bereiche gibt und sich Jugendliche dadurch konkret damit auseinandersetzen können, was sie interessiert. Das würde das persönliche Engagement sowie die Arbeit der politischen Gremien stärken.

Flexibilität wünschen sich Jugendliche auch in den Strukturen und der Organisation von Schule, damit „Ideen gleichberechtigt diskutiert und in Entscheidungsprozesse der gesamten Schulorganisation eingebracht werden können“ (Dokumentation Praxisberichte) und sich nicht nur wenige Engagierte in den Gremien für die Interessen der Schüler*innen und gewünschte Veränderungen einsetzen.

WELCHE BETEILIGUNGSERFAHRUNGEN HABEN JUGENDLICHE IN WELCHEN HANDLUNGSFELDERN?

Etwa 370 Befragte gaben in der Onlinebefragung Auskunft dazu, ob sie bisher mit Jugendbeteiligung in Kontakt kamen bzw. gar aktiv in Gremien tätig sind. Nach einer kurzen Information dazu, was unter Jugendbeteiligung zu verstehen sei („nach ihrer Meinung gefragt werden oder selbst mitentscheiden können“), konnten die Befragten mehrere Antwortoptionen wählen. Mehr als ein Drittel der Befragten (36 %) gibt an, Beteiligung zu kennen und sich gern einbringen zu wollen, jedoch „bisher nicht die Gelegenheit dazu“ gehabt zu haben. Ein Fünftel der Antworten (20 %) berichtet von guten Erfahrungen bei der Jugendbeteiligung. Etwa 13 % beteiligen sich aktuell regelmäßig in Gremien wie „Schülervertretung, im Jugendrat, beim Jugendfonds oder anderen Angeboten“.

Dieses Engagement in institutionell anerkannten Strukturen kann zum Anlass genommen werden, die Stichprobe der Onlinebefragung zu betrachten. Wäre dieses Engagement der hier beteiligten Jugendlichen landesweit die Regel, wären es bei einer Grundgesamtheit von 262.426 Kindern und Jugendlichen im Alter von 6 bis 25 Jahren³ ca. 34.000 junge Menschen. Davon wären bei landesweit ca. 9.000 Schulklassen an allgemeinbildenden⁴ und beruflichen⁵ Schulen maximal 18.000 in der Schülervertretung engagiert – 16.000 entfielen dann auf die anderen Beteiligungsstrukturen, was im Land aber nicht der wahrnehmbaren Realität entspricht. Diese Hochrechnung verdeutlicht, dass die Befragung als Beteiligungsmoment logischerweise überproportional von jungen Menschen genutzt wurde, die beteiligungsaffin sind. Dies muss bei der Einordnung der weiteren quantitativen Ergebnisse immer mitgeführt werden.

Mehr als jede zehnte Person (13 %) gibt aber auch an, Jugendbeteiligung nicht zu kennen. Im Eingabefeld finden sich Einträge, die den Wert der Jugendbeteiligung betonen, aber auch einige, die der erlebten bzw. zur Kenntnis genommenen Jugendbeteiligung kritisch gegenüberstehen, indem sie sich bspw. derart äußern: „Jugendbeteiligung ist oft eine Scheinbeteiligung, Wünsche von jungen Menschen sind zu Genüge bekannt, es sollte ein stärkerer Fokus auf die Umsetzung gelegt werden“.

In der Onlinebefragung wurden diejenigen, die zuvor die Mitwirkung in einer institutionellen Beteiligungsform angegeben hatten (n=49), detailliert nach ihrem regelmäßigen Engagement gefragt. Die Mitarbeit in einem kommunalen Jugendgremium wird hier gleich häufig wie die Mitgliedschaft in der Schülervertretung angegeben. Auch bei der Betrachtung der weiteren Angaben in Abbildung 2 wird deutlich, dass hier junge Menschen mit mehrfachem Engagement teilgenommen haben.

³ Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2022): Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2022. Schwerin: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern. Verfügbar über: www.laiv-mv.de/statistik/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/Statistisches%20Jahrbuch/2011%202023%2000.pdf [22.10.2023], S. 33.

⁴ Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2023): Statistischer Bericht Allgemeinbildende Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, Teil 1: Schulen, Klassen, Schüler Schuljahr 2022/23. Schwerin: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern. Verfügbar über: www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/B%20I%20Allgemeinbildende%20Schulen/B%201131/B1131%202022%2000.pdf [20.10.2023].

⁵ Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2023): Statistischer Bericht Berufliche Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, Teil 1: Schulen, Klassen, Schüler Schuljahr 2022/23. Schwerin: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern. Verfügbar über: www.laiv-mv.de/statistik/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/B%20II%20Berufliche%20Schulen%2c%20Berufsbildung/B2131/B2131%202022%2000.pdf [20.10.2023].

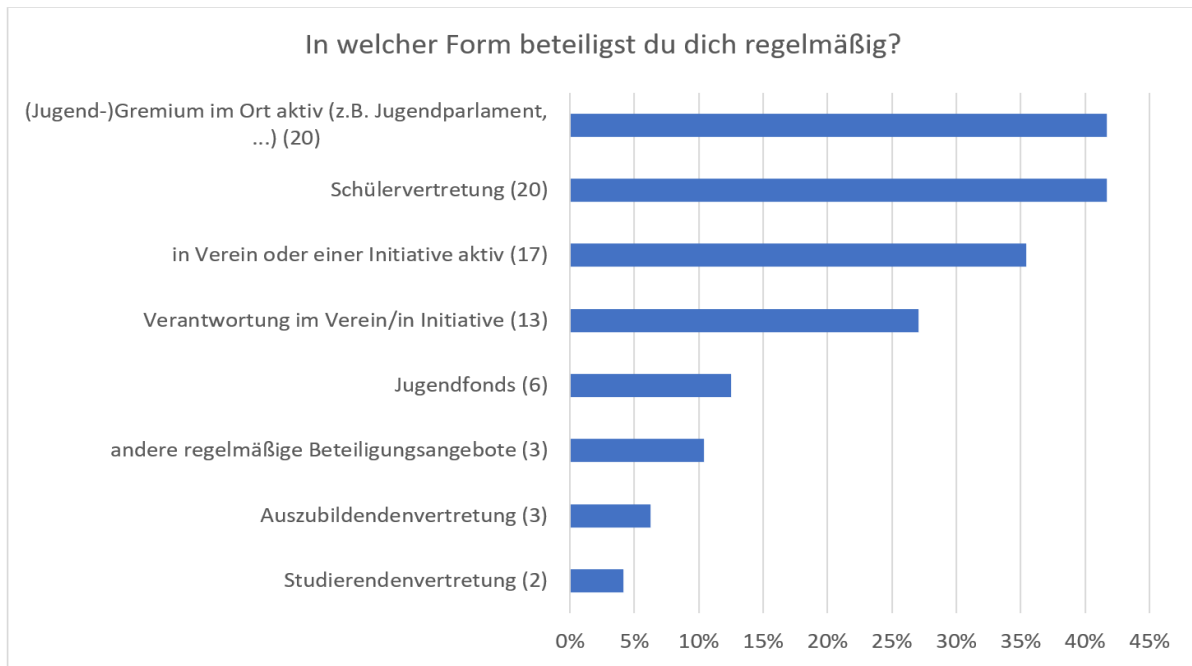


Abb. 2: Regelmäßige Beteiligungsformen der Befragten (Anzahl der Nennungen in Klammern)

Die Jugendlichen, die sich am offenen Mitwirkungsprozess beteiligt haben, verfügen über Beteiligungserfahrungen aus organisierten Beteiligungsformaten, wie „Jugend fragt nach“, „Jugend im Landtag“, „Jugend im Rathaus“, „#mitmischenMV“, „Butter bei die Fische – JUGEND TISCHT AUF!“, Jugendkonferenz „Take V for Europe 2022“, „reclaim your streets“, aus Planspielen zu den Wahlen, aber auch aus der Umsetzung eigener Projekte mit eigenem Budget auf kommunaler Ebene.

Im Rahmen der Jugendkonferenz konnte bei einer Abfrage in der Warm-Up-Phase zu Beginn der Konferenz beobachtet werden, dass ein erheblicher Teil (mehr als 40 %) der Teilnehmenden schon Vorerfahrungen mit Beteiligungsprozessen in formalen Gremien oder durch Beteiligungsaktionen auf Landesebene aufweisen. Diese jungen Menschen bewerten ihre bisherigen Beteiligungserfahrungen als persönlich so relevant, dass sie dafür Abstriche in anderen Lebensbereichen in Kauf nehmen. Interessanterweise waren es nicht ausschließlich positive Erfahrungen mit Beteiligungsprozessen, auf die die Teilnehmenden zurückblickten. Negative Erfahrungen konnten bei einem Teil der Jugendlichen aber wiederum Ansporn sein, bessere Prozesse und Erfahrungen an anderen Orten und in anderen Settings zu generieren.

In der Onlinebefragung wurden die Teilnehmenden, orientiert an ihrer aktuellen Tätigkeit, nach ihren Beteiligungsmöglichkeiten in Schule, Freiwilligendienst, Ausbildung, Studium und Arbeit gefragt; hinzukommend konnten alle solche Angaben für Freizeiteinrichtungen und den Wohnort machen. Die vorliegenden Daten können dafür genutzt werden, zu erkunden, wie umfangreich die realisierte Beteiligung in den Lebensbereichen den Wünschen der jungen Menschen entspricht. Dafür wird nachfolgend auf individueller Ebene der Vergleich von Möglichkeiten der Meinungseinbringung und diesbezüglichem Wunsch analysiert. Im Zusammenhang damit muss zugleich die in der Befragung genutzte Einordnung von *Beteiligung* als *Meinung bei Entscheidungen einbringen* theoretisch kontextualisiert werden. Ob hier schon ein Grad von Partizipation erreicht wird, ist aufgrund der fehlenden Information zur Integration

des Meinungsbildungsprozesses der Jugendlichen in die Entscheidungen offen⁶; es kann sich auch nur um eine Vorstufe der Partizipation handeln, bei der keinerlei Macht abgabe erfolgt, sondern lediglich Meinungen erfragt werden.⁷

Für den Grad der Umsetzung des Beteiligungswunsches wird eine 9-teilige Skala von 1 bis 9 genutzt. Die Pole 1 und 9 besitzen folgende Bedeutung:

1 = ständiger Beteiligungswunsch bei keiner Beteiligungsmöglichkeit

9 = kein Beteiligungswunsch bei ständiger Beteiligungsmöglichkeit.

Die Stufe 5 entspricht einer exakten Passung von Teilnehmungsbedarf und Teilnehmungs-möglichkeit; hier entsprechen die Lebensbereiche genau den Teilnehmungsinteressen der Befragten, ohne dass dabei eine Aussage zur Teilnehmungsrate getroffen wird – dies kann auch eine wunschgemäße Nichtteilnehmung sein.

In der nachfolgenden Abbildung 3 sind nun die relativen Häufigkeiten der Passung für die jeweiligen Lebensbereiche der jungen Menschen, die erfragt wurden, dargestellt. Dabei wurden Freiwilligendienst, Ausbildung(sbetrieb) und Studium nur der Vollständigkeit halber aufgenommen; sie werden hier aber nicht weiter interpretiert, da die jeweils geringe Stichprobengröße von weniger als 20 eine statistische Analyse ausschließt.

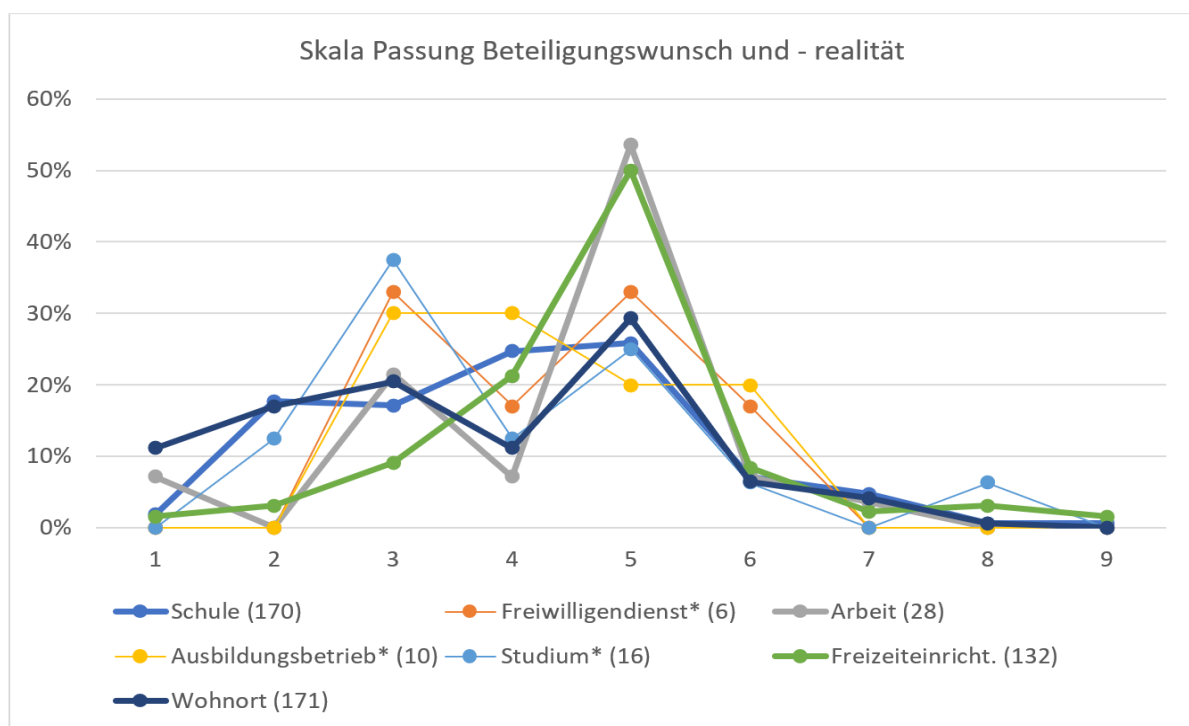


Abb. 3: Passung von Beteiligungswunsch und -realität der Befragten (zu geringe Stichprobengröße markiert (*), Anzahl der Nennungen in Klammern)

Bei Betrachtung der anderen Graphen fällt der Bereich der *Freizeiteinrichtungen* mit einer umfangreichen adressatenorientierten Verteilung auf: Die Hälfte der Befragten findet hier Betei-

⁶ BMFSFJ (2015): Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen Berlin. 3. Auflage. Verfügbar über: www.bmfsfj.de/resource/blob/94118/c49d4097174e67464b56a5365bc8602f/kindergerechtes-deutschland-broschuere-qualitaetsstandards-data.pdf [10.10.2023].

⁷ Straßburger, Gaby/Rieger, Judith (Hrsg.) (2014): Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe.

lungsmöglichkeiten, die exakt ihrem Wunsch nach Einbeziehung bei Entscheidungsprozessen entsprechen (5). Zugleich wünschen sich insgesamt 35 % der Befragten stärkere Beteiligung (1 bis 4).

Die Einbindung der jungen Menschen bei Entscheidungsprozessen auf der Arbeitsstelle erweist sich dagegen als heterogener: 54 % der Befragten sehen hier eine ihren Erwartungen entsprechende Einbindung bei Entscheidungsprozessen (5); zur Erinnerung: dies kann auch eine wunschgemäße Nichtbeteiligung sein. Wiederum 35 % wünschen sich eine umfangreichere Beteiligung (1 bis 4), wobei hier die maximal problematische Differenz zwischen starkem Wunsch und komplett fehlender Realisierung (1) in 7 % der Fälle gewählt wird.

Den beiden eben genannten Bereichen lässt sich grundsätzlich eine stärkere Bedarfsorientierung als notwendiges Organisationsprinzip attestieren: Freizeitorte werden freiwillig aufgesucht und Arbeitskräfte sollten in Zeiten des Fachkräftmangels durch ein wunschnahes Betriebsklima zum Bleiben eingeladen werden. Wohnorte haben eigentlich eine ähnliche Aufgabe, um junge Menschen zu halten, liegen hier aber laut der Analyse weit zurück: Den Wohnorten und Schulen bescheinigen die jungen Menschen eine deutlich geringere Passung der Beteiligungskultur bei Entscheidungen. In den Wohnorten würden gern 60 % der Befragten (1 bis 4) mehr in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Jede 10. teilnehmende Person gibt hier an, keine Beteiligung trotz ständigem Beteiligungswunsch wahrzunehmen (1). Nur für 29 % der Teilnehmenden passt die Beteiligungskultur zu den Wünschen (5). Für die Schule gilt Ähnliches, ohne dass der eben genannte problematische Pol so umfangreich belegt ist: 61 % wünschen sich stärkere Beteiligungsmöglichkeiten (1 bis 4); nur 26 % erleben eine passende Beteiligungskultur (5) bei Entscheidungsprozessen. Die Beteiligungserfahrungen Jugendlicher im Kontext Schule beziehen sich zum einen auf das Informiertwerden über Veranstaltungen, die Mitbestimmung bei Festen und Feiern (z. B. Abi-Komitee) und zum anderen auf die für wenige Jugendliche zugänglichen Beteiligungsgremien Klassensprecher*in, Schülerrat, Schulkonferenz usw. Die als vorgeschrieben empfundene Struktur von Klassensprecher*innen, Schulsprecher*innen und Schulkonferenz wird auch dort, wo sie gut funktioniert, von einigen Jugendlichen als nicht attraktive Form der Beteiligung wahrgenommen.

Insgesamt zeigt sich so die Beteiligungskultur in allen Bereichen als ausbaufähig, wobei die Freizeiteinrichtungen umfangreich den Wünschen der Nutzenden entsprechen. Zu viele Beteiligungsmöglichkeiten (6 bis 9) erleben nur Einzelfälle.

WAS BRAUCHT ES AUS SICHT VON JUGENDLICHEN FÜR EINE GELINGENDE BETEILIGUNG?

In der Onlinebefragung wurde nach Voraussetzungen für Beteiligung folgendermaßen gefragt: „Für Dinge, die einem wichtig sind, kann man sich mit anderen zusammen einsetzen. Was brauchst oder bräuchtest du, um dich z. B. in einer Initiative, einem Verein oder einem Projekt (mehr) für diese Dinge einzusetzen?“. Aus Abbildung 4 sind die Bedarfe und Prioritätensetzungen der jungen Menschen ableitbar. Anzumerken ist dabei, dass die Antwortmöglichkeiten nicht-virtuelle Aktivitäten fokussieren, so dass das umfangreiche Gebiet jugendlicher Online-Beteiligungsformen keine explizite Rolle spielt. Sowohl für rein digitale, aber auch für hybride Beteiligungsformen sind bekanntermaßen aufgrund der Zunahme von Videostreams, Videokonferenzen und -calls aktuelle mobile Hardware und insbesondere eine stabile Internetverbindung unverzichtbar, wonach aber nicht gefragt wurde. Detaillierte digitale Beteiligungspraktiken zeigen sich u. a. in den nachfolgenden Ausführungen zu den Beteiligungsstrukturen.

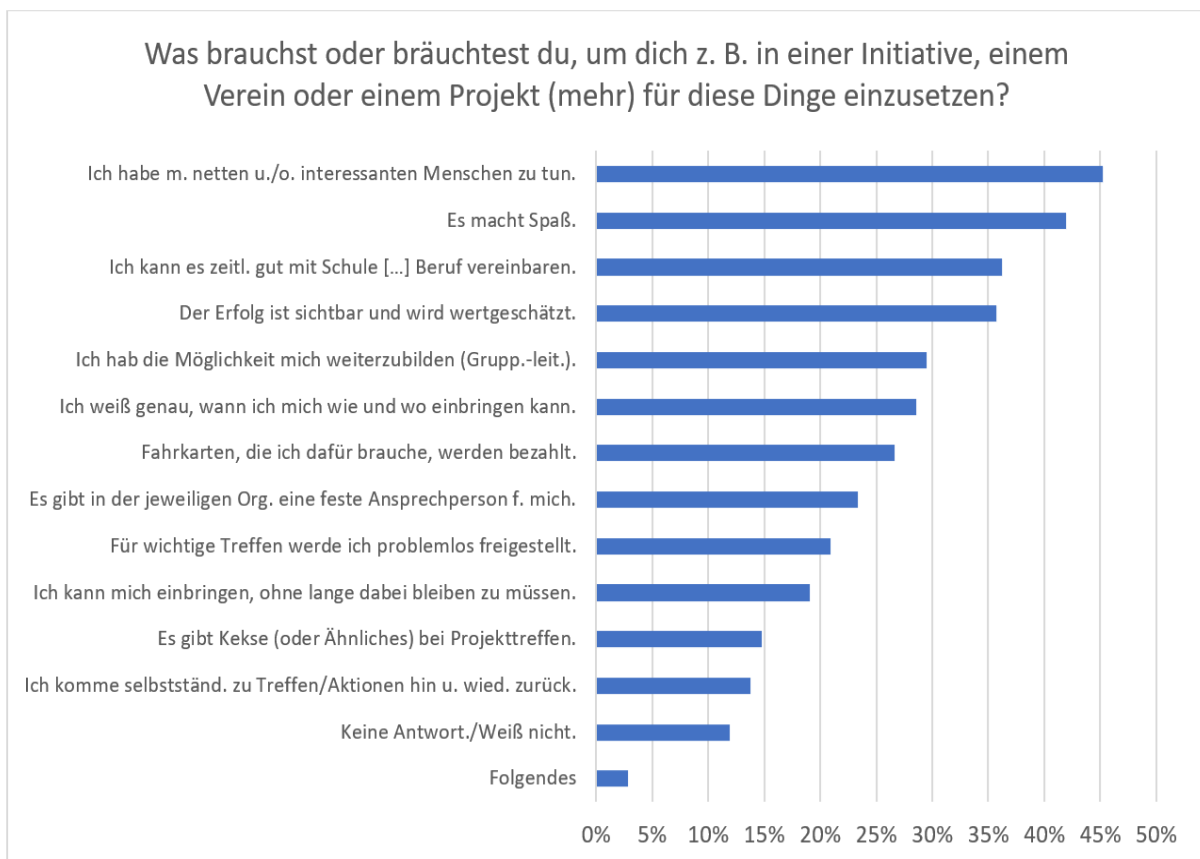


Abb. 4: Voraussetzungen zur Beteiligung in Organisationen

BETEILIGUNGSSTRUKTUREN

RECHTE

Jugendliche fordern mehr gesetzliche Regelungen, die ihre Rechte konkret formulieren und sichern. Diese müssen gewährleisten, dass „überall dort, wo sich junge Menschen engagieren wollen, dies auch möglich ist“ (Dokumentation Praxisberichte). Bisher ist es für einige Jugendliche sehr anstrengend, „sich die Beteiligung zu erstreiten [...], und der häufige Misserfolg macht wütend“ (Dokumentation Jugendkonferenz).

Darüber hinaus brauchen Jugendliche – einzelne oder auch Vertreter*innen bzw. Sprecher*innen von Jugendbeteiligungsgremien – ein Stimm-, Rede-, Antrags- und Vetorecht in den verschiedenen kommunalen Entscheidungsgremien, um ihre Vorschläge verbindlich einbringen zu können. Auch das sollte aus ihrer Sicht gesetzlich geregelt sein. Anträge müssen dabei digital eingereicht werden können, um die Zugangsschwellen abzusenken.

Die Einhaltung und Umsetzung von Gesetzen über Rechte und Beteiligung von Jugendlichen müssen aus Sicht der Jugendlichen durch die Ämter kontrolliert werden. Ein Jugendbeteiligungcheck bzw. ein Ampel- oder Notensystem nach anerkannten Qualitätskriterien der Beteiligung können diese Kontrolle unterstützen und Ergebnisse transparent machen. Bei Nichteinhaltung der gesetzlichen Regelungen müssen Konsequenzen folgen.

NIEDRIGSCHWELLEN

Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche müssen altersgerecht adressieren und ausgestaltet sein, sonst überfordern sie. Beteiligungsstrukturen sind oft formal festgelegt, z. B. Klassen- und Schulsprecher*innen in der Schule. Für eine große Zahl der Jugendlichen sind diese Strukturen viel zu hochschwellig, sie scheitern bereits beim Zugang. Andere, die diese Schwellen nehmen und in diesen Strukturen agieren, kommen schnell an zeitliche Grenzen und fühlen sich oft als „Alleinkämpfer*innen“ mit den verschiedenen Anforderungen, die von unterschiedlichen Akteur*innen an sie gestellt werden, überfordert: „Diejenigen, die was machen, machen meistens alles“ (Dokumentation Praxisberichte). Gerade beteiligungserfahrene Schüler*innen der Abschlussklassen ziehen sich häufig zurück und „setzen sich mit ihren Kompetenzen nicht mehr für die Ideen der Kinder und Jugendlichen ein“ (Dokumentation Praxisberichte), weil ihr Engagement zeitlich mit den hohen Belastungen der Schule konkurriert.

Jugendliche wollen nicht „ausgefragt“ werden, sie wollen selbst entscheiden, wann sie wo und wie ihre Interessen einbringen und sich beteiligen. Dafür braucht es vielfältige und gleichberechtigte Zugänge zu den Entscheidungsgremien. Jugendgemäße Beteiligungsstrukturen müssen ihre Adressat*innen altersgerecht ansprechen und leicht zugänglich für alle sein.

Sitzungen von kommunalpolitischen Gremien sind für junge Menschen oft langweilig, und wenn Beteiligung von Jugendlichen ernst gemeint ist, braucht es eine Veränderung dieser Strukturen, die auch Jugendlichen gerecht wird. Damit verbunden ist die Notwendigkeit, bestehende Hierarchien aufzubrechen, Macht abzugeben. Auch Strukturen müssen flexibler und jugendgerechter werden, es geht nicht darum, dass sich Jugendliche an bestehende Strukturen anpassen (oder daran scheitern), sondern um die Entwicklung von neuen Strukturen, die für alle gleichermaßen Beteiligung ermöglichen.

Jugendliche scheitern oft an bürokratischen Hürden bei Anträgen und Verfahren. Fördermittel müssen ständig neu beantragt werden, es gibt keine Planungssicherheit, dafür Arbeit, die zusätzlich bewältigt werden muss. „Hier wäre ein jährlich feststehendes Budget besser [...] für die Umsetzung von Projekten“ (Dokumentation Praxisberichte).

UNTERSTÜTZUNG DURCH ERWACHSENE

Jugendliche brauchen und wollen engagierte erwachsene Unterstützer*innen, die ein grundlegendes Wissen um gute Beteiligungsprozesse haben. Diese sollen am besten verlässliche Ansprechpersonen sein und sich auf die Prozesse und Strukturen Jugendlicher einlassen können. Dafür braucht es verbindliche Regelungen für eine transparente Kommunikation zwischen Jugendlichen und Erwachsenen. Die erwachsenen Unterstützer*innen sollen ihre Kontakte und Netzwerke einbringen, um die Interessen Jugendlicher in die Breite zu vermitteln und weitere Unterstützer*innen zu gewinnen.

Unterstützung durch Erwachsene heißt aber nicht, dass diese die Themen und Formen der Beteiligung Jugendlicher vorgeben. Jugendlichen ist es wichtig, dass sie „möglichst unabhängig von den Ideen und Ansichten der Erwachsenen“ (Dokumentation Praxisberichte) sind und Projekte umsetzen können, deren Ideen von ihnen selbst kommen. Die Erfahrungen von Jugendlichen zeigen, dass solche Projekte auch mehr Unterstützung durch weitere interessierte Kinder und Jugendliche erhalten.

Wenn Jugendliche Entscheidungen in ihren Beteiligungsgremien treffen, dann wollen sie, dass deren Umsetzung durch Erwachsene – meist Politiker*innen oder Verwaltungsmitarbeiter*innen – ernst genommen wird und sie beraten und konkret unterstützt werden (z. B. bei Antragsverfahren, Organisation von Geldern etc.). Politiker*innen sollten nahbar sein und von sich aus den Kontakt zu den Jugendgremien suchen und ihre Unterstützung anbieten. Die Erfahrungen der jungen Menschen auf kommunaler Ebene zeigen mehrheitlich, dass es einige wenige politische Entscheider*innen gibt, die aufgeschlossen für ihre Belange, Anregungen und Interessen sind und eine größere Zahl, die sich desinteressiert oder gar abweisend zeigt. Politiker*innen sollten in den sozialen Medien unterwegs sein und darüber mit Jugendlichen leicht in Kontakt kommen und diese Kontakte pflegen.

Auch mit ihrer fachlichen Expertise können Erwachsene Jugendliche auf deren Wunsch hin erfolgreich in ihren Beteiligungsbemühungen begleiten, um z. B. bürokratische Hürden zu überwinden, finanzielle Mittel zugänglich zu machen, bei Absprachen mit der Verwaltung zu unterstützen oder die Arbeit in den Beteiligungsgremien/-projekten zu reflektieren.

BUDGETIERUNG VON BETEILIGUNG

Es bedarf ganz konkreter Förderung von Beteiligung und ehrenamtlichem Engagement. Dafür müssen für Jugendliche Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte geschaffen bzw. zugänglicher gemacht und transparenter kommuniziert werden. Anträge für Fördermittel müssen für Jugendliche altersgerecht aufbereitet werden. Auch Vergünstigungen für ehrenamtliches Engagement, wie z. B. die kostenlose Nutzung des ÖPNV, sind wichtig.

Für Jugendbeteiligung braucht es Materialien, Technik und Internetzugang. Dafür sollten eine entsprechende Grundausstattung und ein jährliches Budget für Jugendbeteiligungsgremien und -projekte etc. zur Verfügung stehen. Oft zahlen Jugendliche, die sich engagieren und beteiligen, noch drauf – „man hat immer was zu drucken, Reifen nutzen ab und vor allem geht sehr viel Zeit verloren“ (Dokumentation Praxisberichte).

Was braucht es aus Sicht von Jugendlichen für eine gelingende Beteiligung?

Um einen Zugang zu allen Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten im weitesten Sinn zu gewährleisten, braucht es finanzielle (Förderung, Projektgelder etc.) und Sachmittel (Technik, IT-Support, Netzausbau) zum Aufbau entsprechender Strukturen und für die hauptamtliche professionelle Unterstützung Jugendlicher.

INFRASTRUKTUR

Beteiligung von Jugendlichen braucht eine starke Infrastruktur, damit sie alle Möglichkeiten nutzen können und einen fairen Zugang haben. Insbesondere braucht es

- » ein hohes Maß an Digitalisierung von Beteiligungsmöglichkeiten und -prozessen (Information, Anträge, Interessensbekundungen, Abstimmungen etc.), denn „der schleppend vorschreitende Ausbau der Breitbandzugänge und der Mobilfunkabdeckung erschwert ganz konkret die Beteiligung in Schule und Freizeit im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern“ (Dokumentation Jugendkonferenz),
- » sowie einen verlässlichen ÖPNV in allen Regionen und zu Zeiten, in denen politische Entscheidungsgremien tagen, das betrifft insbesondere auch den ländlichen Raum.

ORTE UND ZEITEN

Damit sich Jugendliche beteiligen können, braucht es verbindliche Orte und Gelegenheiten. Das meint öffentliche Räume zur eigenen kostenlosen Nutzung ebenso wie Angebote. Diese müssen transparent und allen gleichermaßen zugänglich sein sowie ein hohes Maß an Selbstorganisation und -verwaltung ermöglichen. Jugendliche wünschen sich einen permanenten und verlässlichen Ort, wo sie ihre Wünsche und Anliegen äußern können, „am besten digital und unkompliziert und am aller wichtigsten: gut beworben, sodass jeder weiß, dass dieser Ort existiert und wie man ihn benutzt“ (Dokumentation Praxisberichte).

Beteiligung muss zu Tageszeiten stattfinden, an denen Jugendliche sich einbringen können. Für Kinder und Jugendlichen ergibt sich eine große Hürde durch die späten Anfangszeiten, z. B. von Ausschusssitzungen.

BILDUNGS- UND QUALIFIZIERUNGSANGEBOTE/WISSEN

Jugendliche schätzen selbst ein, dass bei den meisten Kindern und Jugendlichen das Wissen über Beteiligungsrechte und -möglichkeiten gering ist. Sie wollen sich auf Beteiligung in Vereinen und Schulen vorbereiten und brauchen dafür unterschiedliche Formate politischer Bildung.

Einerseits sehen sie die Schule hier in der Pflicht, Grundlagen zu Beteiligungsrechten, -möglichkeiten und -formaten zu vermitteln, aber auch Diskussionen über aktuelle politische Themen und ihre ganzheitliche bzw. fächerübergreifende Bearbeitung anzuregen. Andererseits wollen Jugendliche die Möglichkeit haben, sich in kostenfreien Seminarangeboten weiterzubilden und zu lernen, „wie man am besten zusammenarbeiten kann, und besonders, was sie tun müssen, damit ihre Wünsche gehört werden“ (Dokumentation Praxisberichte).

Es braucht aus Sicht Jugendlicher auch mehr Partizipationsmöglichkeiten explizit für Kinder, damit Beteiligung frühzeitig gelernt und dann selbstverständlich umgesetzt werden kann.

INFORMATIONEN

Um sich beteiligen zu können, brauchen Jugendliche Informationen und Aufklärung – über ihre Rechte, Beteiligungsmöglichkeiten, Unterstützungsangebote sowie über Vorhaben und

anstehende Entscheidungen. Diese Informationen müssen über jugendgemäße Kanäle – insbesondere digitale – transparent für alle Jugendlichen kommuniziert werden. „Das Informieren sollte schon so in der 5. bis 6. Klasse anfangen. Zum Werben kann der Rahmen Schule genutzt werden, aber auch z. B. die sozialen Medien, um uns zu erreichen“ (Dokumentation Umfrage Finder).

Information muss gut „im Fluss“ sein, um in die Breite zu gelangen und Jugendliche an ihren Lebensorten zu erreichen. Auch dafür sehen Jugendliche insbesondere die sozialen Medien als geeignet an, weil hier eine jugendgemäße und schnelle Informationsverteilung möglich ist und sich unterschiedliche Akteur*innen in konkreten Prozessen schnell zusammenfinden können. Jugendliche wünschen sich, dass die Politik im virtuellen Raum auf von ihnen genutzte Plattformen auf sie „zugeht“.

Für Beteiligungsprozesse – auch für #mitmischenMV – wird aus Sicht der Jugendlichen zu wenig Öffentlichkeitsarbeit betrieben oder an den falschen Orten, über die falschen Kanäle. „Zeigt euch mehr oder sucht euch Personen mit mehr Reichweite, die euer Programm den Menschen zeigen, [...] schickt Flyer an die Schulen“ (Befragung Beteiligung vor Ort).

VERNETZUNG

An der Jugendkonferenz nahm eine Gruppe Jugendlicher mit internationaler Geschichte teil. Zwei von ihnen wurden von einer Fachkraft angesprochen und zur Teilnahme motiviert. Daraufhin aktivierten diese zwei Jugendlichen ihre enge Clique und gewannen weitere sieben Jugendliche für eine Teilnahme. Die Jugendlichen sind oft gut vernetzt und das kann für den Einstieg in Beteiligungsprozesse Hürden senken, Zugänge ermöglichen.

Jugendliche erleben den Austausch mit anderen engagierten jungen Menschen als bereichernd und hilfreich. Für eine gelingende Beteiligung als einzelne, aber auch als bereits bestehendes Jugendbeteiligungsgremium, brauchen Jugendliche eine gute Vernetzung. Dafür sollten bereits bestehende oder geplante Online-Plattformen aktiver beworben und genutzt werden, z. B. Bildungsserver, Beteiligungskarte mvmituns.de, Ehrenamtsfinder.

Eine bessere Vernetzung könnte den Zugang zu Strukturen gegenseitiger Unterstützung und zu notwendigen Ressourcen erleichtern. Über gemeinsame Veranstaltungen und Workshops, die von Beteiligungsfachkräften organisiert und moderiert werden, kann sowohl eine kontinuierliche Fortbildung zu Fragen der Beteiligung als auch eine gute Vernetzung stattfinden. Diese Angebote müssen für gerechte Zugangsmöglichkeiten kostenlos sein.

Jugendliche schlagen vor, dass es eine landesweite Vernetzung aller Jugendbeteiligungsgremien gibt, deren Sprecher*innen in enger Verbindung zum Landtag stehen. Sie wünschen sich auch, dass einige der kommunalen Gremien bundesweit vernetzt sind, so dass sie sich z. B. einmal im Jahr mit Jugendlichen aus verschiedenen Bundesländern austauschen können.

BETEILIGUNGSKULTUR

ANERKENNEN UND ERNST NEHMEN

Eine gute Beteiligungskultur nimmt Jugendliche ernst! Sie haben oft schon schlechte Erfahrungen mit unterschiedlichen Beteiligungsformaten gemacht: sind befragt wurden, haben sich Gedanken gemacht und ihre Meinungen eingebracht, in Workshops an Themen gearbeitet, viel Zeit investiert – und dann ist nichts passiert. Das erzeugte eine Skepsis – „das ist doch eh

nur Pseudobeteiligung, als wenn das irgendwen interessieren würde“ (Befragung Beteiligung vor Ort) –, der nur mit großer Offenheit und wirklich ernst gemeinten Beteiligungsprozessen begegnet werden kann.

Durch die Intransparenz des weiteren Umgangs der Enquetekommission mit den von den jungen Menschen generierten Ergebnissen auf der Jugendkonferenz konnten insbesondere die Lösungsorientierten von ihnen nicht erkennen, welchen Einfluss sie auf die Entscheidungsfindung der Kommission, deren Empfehlungen und Gesetzesentwürfe haben. Das erzeugte Enttäuschung und Resignation.

Jugendlichen geht es darum, dass ihnen zunächst zugehört wird und sie mit ihren Vorhaben verstanden werden. Jugendliche haben etwas zu sagen und sie sind sich sicher, dass es nicht immer das ist, was und wie es Erwachsene hören wollen. Aber sie wollen, dass das, was sie sagen, genauso wichtig genommen wird, wie die Positionen der Erwachsenen. Dazu gehört auch, dass Veränderungen von Erwachsenen gewollt sind, dass ein wirkliches Interesse an den Themen und Ideen Jugendlicher besteht und Entscheidungen schnell getroffen bzw. transparente Zeitpläne für Entscheidungsprozesse aufgestellt werden, damit eine (Selbst)Wirksamkeit von Beteiligung erfahrbar ist.

Jugendliche brauchen Bestärkung, Wertschätzung und Anerkennung für ihr Engagement. Das kann sehr vielfältige Formen haben, z. B.

- » mehr Aufmerksamkeit und Würdigung des Engagements durch Politik und Gesellschaft,
- » finanzielle Förderung,
- » Aufwandsentschädigung,
- » Zertifikate für Gremienarbeit,
- » unkomplizierte Freistellungen für Engagement,
- » Vergünstigungen als „Gegenwert“ sowie
- » Ermöglichung von Fort- und Weiterbildung.

Um sich auf Beteiligungsprozesse einzulassen, müssen Jugendliche demokratischen, politischen Prozessen vertrauen können. Dafür ist es wichtig, dass einzelne Politiker*innen zu dem, was sie sagen, auch stehen. Und sie müssen auch darauf vertrauen können, dass sie mit ihren Positionen und ihrem Engagement als Teil gesamtgesellschaftlicher Prozesse anerkannt werden. Häufig werden ihnen nur kurzfristige Eigeninteressen unterstellt, doch „in den allermeisten Fällen gilt [ihr] Engagement bereits der nächsten Generation, da die bürokratischen Zeiträume ohnehin zu lang sind, um selbst von den angestrebten Änderungen zu profitieren“ (Dokumentation Praxisberichte).

MOTIVATION UND ANREIZ

Um Jugendliche, für die Beteiligung bisher nicht selbstverständlich ist, für Beteiligungsprozesse zu gewinnen, braucht es Motivation durch Erwachsene oder andere Jugendliche. Langfristig soll schon in Kindergärten und Grundschulen das Interesse der Kinder an Beteiligungsprozessen geweckt werden. Motivation und Anregung zur Beteiligung braucht ganz unterschiedliche Formen, um Jugendliche in ihren vielfältigen Lebensbezügen anzusprechen. Information über Beteiligungsmöglichkeiten allein ist aus Sicht der Jugendlichen nicht ausreichend, um sie zu motivieren.

Anreize schaffen Motivation und sind auch eine Form der Anerkennung, z. B. Zertifikate für ehrenamtliche Arbeit in Jugendgremien oder die Integration von ehrenamtlichen Aktivitäten als Wahlmöglichkeit im Ganztagsbereich der Schulen. Dafür ist es sinnvoll, die Attraktivität

bestehender Anreize (z. B. der Jugendleiterkarte (JuLeiCa) oder der Ehrenamtskarte) zu steigern und zu integrieren.

BETEILIGUNG ALS LERNPROZESS

Jugendliche müssen lernen können, eigene Werte und Standpunkte zu entwickeln und argumentativ zu vertreten. Dafür braucht es mehr fehlerfreundliche Orte, an denen sie sich ausprobieren können. Beteiligung muss mit allen Jugendlichen eingeübt werden, damit sie selbstverständlich wird und eine regelmäßige Mitsprache und -entscheidung gewährleistet ist. Beteiligung muss als Normalität und Selbstverständlichkeit in den Alltag integriert sein, sie darf keine punktuelle Aktion bleiben.

Jugendliche wollen für ihre eigenen Beteiligungserfahrungen von Politiker*innen lernen und suchen dafür ganz praktische Möglichkeiten, ihnen an den Orten ihrer politischen Arbeit zu begegnen, an ihrer politischen Arbeit teilzunehmen. Sie wünschen sich einen stärkeren öffentlichen Dialog zu politischen Entscheidungen, damit – auch für sie – mehr Transparenz darüber herrscht, warum welche Entscheidungen getroffen werden. Und sie wollen insbesondere mit zuständigen Politiker*innen mehr in direkten Austausch treten, um Beteiligungsmöglichkeiten und Umsetzungsschritte eigener Lösungen zu diskutieren. Das könnte auch ein selbstverständlicher Lernraum für Beteiligungsprozesse sein, in dem Positionen und Argumente vertreten und gemeinsam tragfähige Lösungen gefunden werden.

Jugendliche erwarten, dass auch Kommunalpolitiker*innen Beteiligung lernen, sich untereinander austauschen und anregen, funktionierende kommunale Modelle von Kinder- und Jugendbeteiligung übernehmen und auf die eigene Kommune anpassen, damit sie zu schnellen Ergebnissen kommen.

BETEILIGUNGSPRAKTIKEN

Die Erkundung in der Onlinebefragung, wie die Befragten sich beteiligen, wird per Mehrfachantwort aus 10 Möglichkeiten sowie einem offenen Eingabefeld vorgenommen (s. Abbildung 5).

Sechs von 10 teilnehmenden jungen Menschen diskutieren im Privatraum i. S. des Freundeskreises; die genaue Schnittmenge mit dem Oberthema Beteiligung ist hier allerdings unklar. Der virtuelle Raum wird umfangreich zur Meinungsäußerung (43 %) und zur Teilnahme an Votings (31 %) genutzt. An öffentlichen Veranstaltungen und Wahlen beteiligen sich jeweils 22 % der Befragten. In Vereinen und Initiativen engagieren sich 17 %. Die Gremienmitwirkung liegt hier am Ende der Befragung – nach dem Ausstieg/Abbruch zahlreicher Teilnehmenden mit 15% nochmals höher als zum Anfang der Befragung, als „nur“ 13 % ein solches Engagement angaben. Auch die Teilnahme von 10 % der Befragten an jugendpolitischen Veranstaltungen kennzeichnet das überdurchschnittliche Engagement der Befragten.

Aus den Aussagen im offenen Eingabefeld ist zu entnehmen, dass die hier vorgesehenen maximal drei Antworten für beteiligungsaffine Teilnehmende eine zu enge Grenze setzte, um all ihre genutzten Beteiligungsformen anzugeben: „Alles davon und noch schulisches Mitwirken“. Tatsächlich gut vorstellbar ist, dass junge Menschen neben „wählen gehen“, im Freundeskreis diskutieren, an digitalen Befragungen teilnehmen (was sie ja in dem Moment tun) zusätzlich auch noch in Social Media aktiv sind.

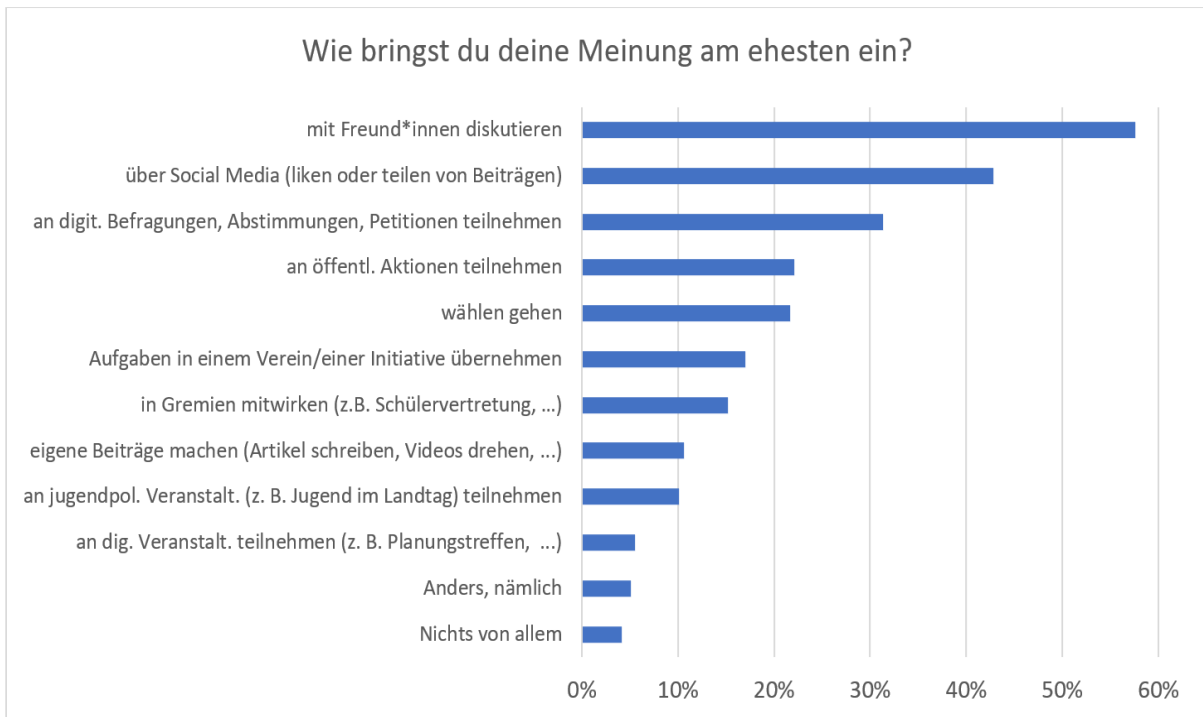


Abb. 5: Beteiligungsformen der Befragten (Mehrfachantwort auf 3 Angaben begrenzt, n=217)

UMFASSENDE UND ECHE BETEILIGUNG

Eine umfassende Information verlangt und erzeugt eine hohe Transparenz politischer Diskurse und Entscheidungsprozesse, aber auch von Problemkonstellationen im Alltag Jugendlicher und den damit verbundenen Institutionen. Zu oft werden Probleme nicht thematisiert und Positionen Jugendlicher nicht einbezogen.

Jugendliche erleben ein Festhalten von erwachsenen Entscheider*innen an bestehenden Hierarchien, das zu Entscheidungen „über ihre Köpfe hinweg“ führt und sie frustriert. „Warum wird so etwas einfach so entschieden, vor allem von Menschen, die von der Situation selbst nicht betroffen waren und auch heute nicht betroffen sind“ (Dokumentation Praxisberichte)? Jugendliche können für sich selbst entscheiden, an welchen Themen und Fragen sie mitwirken können, und wollen eine gewichtige, gleichberechtigte Stimme haben. Sie wünschen sich, dass mehr Verantwortung an sie abgegeben wird und sie Kooperation mit anderen lernen können.

Es soll akzeptiert werden, dass es Jugendlichen freisteht, sich zu beteiligen bzw. bei welchen Themen und in welchen Kontexten sie sich beteiligen. „Zwang oder Druck bringen nicht so viel und verbinden [sich] mit Frust“ (Dokumentation Umfrage Finder). Eine gewollte Nicht-Beteiligung muss aber gut unterschieden werden davon, ob Jugendliche sich nicht beteiligen können, weil ihnen Informationen, Anregungen und Unterstützung fehlen.

KURZE ZEITHORIZONTE UND UNMITTELBARE RÜCKMELDUNGEN

Vereinbarungen in Beteiligungsprozessen müssen eingehalten werden. Ein aner kennender Umgang mit Jugendlichen heißt auch, sich genau zu überlegen, wie man mit den Arbeitsergebnissen Jugendlicher umgeht. Bei der ersten Jugendkonferenz wurde im gesamten Prozess auf die Erarbeitung und Dokumentation konkreter Ergebnisse fokussiert, aber der Prozess der Weiterarbeit mit den Ergebnissen nach der Konferenz nicht konkretisiert. Diese Intransparenz des Umgangs mit den Ergebnissen wurde innerhalb der Konferenz von einigen Teilnehmenden

plakativ mit einem gewissen Unmut bewertet. Jugendliche wünschen sich nach intensiven Arbeits- und Auseinandersetzungsprozessen auch Lösungen oder Lösungswege und nicht eine andauernde Ideengenerierung in Workshops. Auf Nachfragen gab es nur unkonkrete Hinweise auf eine Sammlung, die an den Landtag geht, aber z. B. nicht an die Schulen, die es thematisch betraf. Aus Sicht der beteiligten Jugendlichen müssen aber mit den Schulen bei ihnen vor Ort sichtbare Lösungen geschaffen, nicht immer nur im Landtag darüber geredet werden.

Ein positives Beispiel zeigt der Umgang mit den Ergebnissen aus dem Konferenz-Workshop „Beteiligung beim Masterplan für Nachhaltige Entwicklung“. Die Ergebnisse, u. a. ein Erklärvideo, das durch die jungen Menschen produziert wurde, sollen zusätzlich auf einem BNE-Fachtag öffentlich vorgestellt und diskutiert werden. Die Teilnehmenden und weitere junge Menschen wurden eingeladen, an diesem Fachtag teilzunehmen, um zu sehen, wie ihre Ergebnisse aufgenommen werden, und um gegebenenfalls im Diskurs ihre Positionen und Ergebnisse persönlich dazulegen.

INKLUSIVE, JUGENDGERECHTE FORMEN

„Was bringt es mir zu lernen, wie das politische System Deutschlands aufgebaut ist, wenn ich das Wissen davon eh nicht praktisch umsetzen kann, weil ich zu jung oder zu ‚ausländisch‘ bin“ (Dokumentation Praxisberichte)? Jugendliche wollen Zugang zu Beteiligungsprozessen und sie setzen sich dafür ein, dass alle Gleichaltrigen gleichermaßen gehört und nicht ausgeschlossen oder diskriminiert werden.

Entscheidungsträger*innen sollen sich alle Meinungen anhören, offen diskutieren und dann gemeinsam mit Jugendlichen abwägen.

BEI WELCHEN THEMEN KÖNNEN UND WOLLEN JUGENDLICHEN MITBESTIMMEN?

Jugendliche können und wollen bei vielfältigen Themen, die ihren Alltag und ihre Zukunft betreffen, mitbestimmen. In der Onlinebefragung wurde gefragt: „Ganz allgemein und ganz egal aus welchem Bereich: Bei welchem Thema möchtest du am liebsten deine Meinung einbringen?“ Die Befragten konnten maximal fünf Antworten wählen. Die hier noch 217 Teilnehmenden kennzeichneten 873 Antworten; im offenen Feld wurde dabei angemerkt, dass mitunter mehr thematische Wünsche existiert hätten (Abbildung 6).

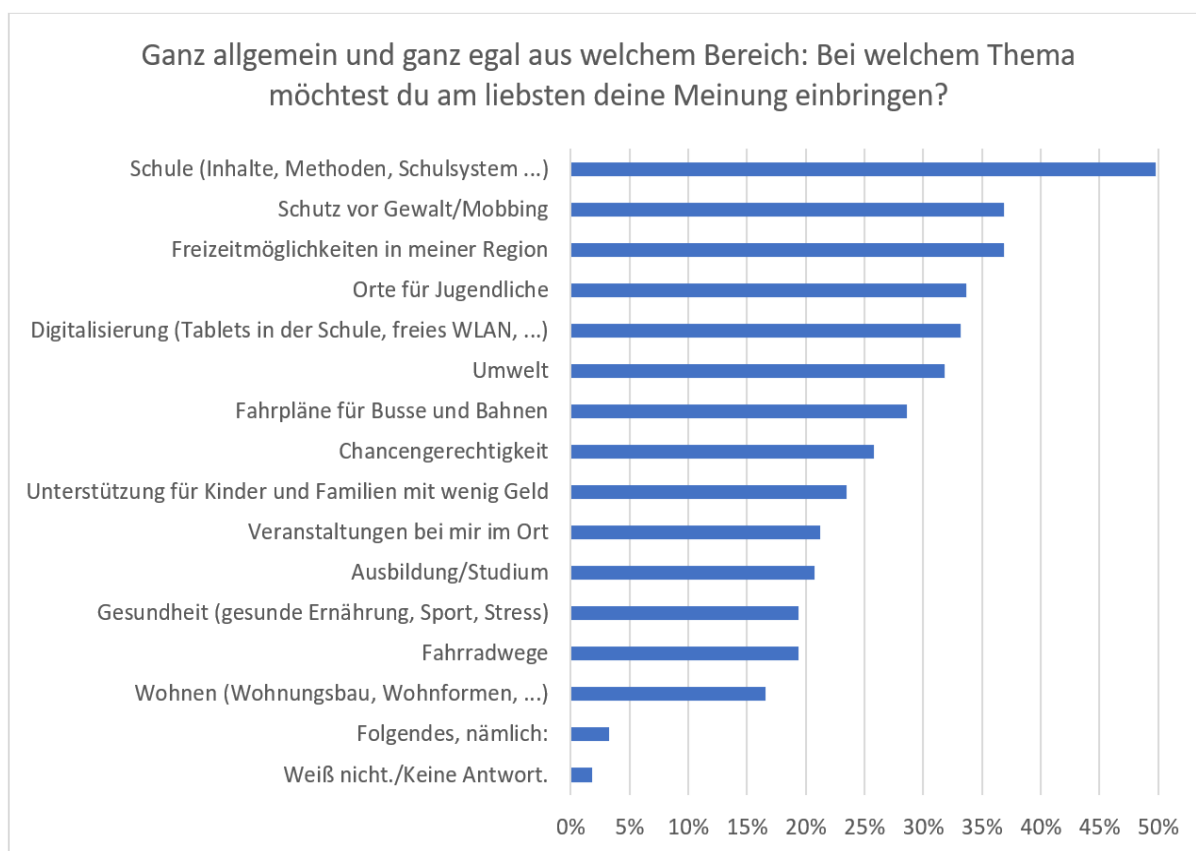


Abb. 6: Themen der Befragten für Beteiligung (Mehrfachantwort auf 5 Angaben begrenzt, n=217)

Erwartbar ist dabei, dass die Institution Schule hier den Platz 1 einnimmt, denn letztlich ist dies ein von allen biografisch erlebter Ort. Dass tatsächlich „nur“ die Hälfte der teilnehmenden Befragten diese Option wählt, lässt mit Rückkopplung auf die Frageformulierung zwei Lesarten zu: a) eben „nur“ die Hälfte der Befragten benennt dies als Wunschthema; b) „möchtest“ kann auch als bisher unerfüllter thematischer Beteiligungswunsch verstanden werden. Da parallel dazu nicht die Realisierung erkundet wurde, bleibt die tieferliegende Bedeutung der Angaben hier und bei den anderen Items der Frage letztlich unklar. Auch im offenen Mitwirkungsprozess wird deutlich, dass einigen Jugendlichen im Einzelfall schon Beteiligungsmöglichkeiten gegeben sind, die andere sich noch wünschen, daher ist auch hier eine Unterscheidung nach Themen, bei denen Jugendliche insgesamt mitbestimmen wollen bzw. können, empirisch nicht tragfähig.

Die Hypothese, dass lebensweltlich aktuellen Relevanzen bei der Auswahl der Themen der Vorzug gegeben wird, kann anhand der hier zahlenmäßig noch gut besetzten Gruppe der jungen Menschen untersucht werden, die eine allgemeinbildende oder berufliche Schule besuchen. Von den 108 Antworten, die in Frage Nr. 18 auf das Item Schule fallen, kommen 89, also 82 % von Schüler*innen. Untersucht man nun das Antwortverhalten aller Schüler*innen, die die gesamte Frage Nr. 18 noch beantworten (n=171), wählen von diesen dann aber doch „nur“ 52 % das Item Schule, so dass in der lebensweltlich aktuell betroffenen Gruppe dieses Thema nahezu nur durchschnittlich gewählt wird, was gegen die Hypothese spricht. Inwieweit dies bei anderen Themen ebenso zutrifft, also dass bspw. „Fahrradwege“ ein allgemeines Wunschthema unabhängig der Betroffenheit ist, muss aber mangels der Möglichkeit der Prüfung offen bleiben.

Neben den aus der Abbildung 6 ablesbaren Voten wird als zusätzliches Wunschthema noch mehrfach Drogenpolitik angegeben.

MITBESTIMMUNG IN DER FAMILIE, DEM ZUHAUSE

In ihren **Familien bzw. ihrem Zuhause** können und wollen Jugendliche über ganz alltägliche Dinge mitbestimmen, wie

- » ihren Tagesablauf – z. B. die Schlafenszeiten,
- » ihre eigene Freizeitgestaltung – z. B. was und mit wem sie etwas unternehmen, wie viel Zeit sie zur Verfügung haben, wie lange sie sich außerhalb der Wohnung aufhalten,
- » Hausarbeiten – z. B. die Rollenverteilung für die verschiedenen Aufgaben, das Aufräumen des eigenen Zimmers,
- » das Essen – z. B. was und wann gemeinsam gegessen wird,
- » Mediennutzung – z. B. Medienzeiten selbst bestimmen, Zugang zum WLAN sowie
- » gesundheitliche Fragen – z. B. die Arztwahl,

aber auch über die Pläne und Entscheidungen der Familie

- » zur gemeinsamen Gestaltung von Freizeit und Urlaub, z. B. Familienausflüge, Planung von Urlaubsreisen,
- » zur Ausgestaltung der Wohnung – z. B. die eigene Zimmergestaltung, beim Umzug,
- » zu Neuanschaffungen – z. B. was gekauft und wie viel dafür ausgegeben wird und
- » zur Haltung und Versorgung der Haustiere.

Darüber hinaus wollen Jugendliche auch über Themen mitbestimmen, die ihre Zukunft betreffen, wie

- » Ausbildungsperspektiven – z. B. welche Aus- und Weiterbildung sie wählen.

MITBESTIMMUNG IN DER SCHULE

In der **Schule** können und wollen Jugendliche mitbestimmen über:

- » ihre Selbstvertretung – z. B. welche Formen der Mitbestimmung sie haben, wie die Klassensprecher*innenwahl organisiert wird, welche Entscheidungsstrukturen gerecht sind

Bei welchen Themen können und wollen Jugendlichen mitbestimmen?

- » die Schulorganisation – z. B. dass es einen späteren täglichen Schulstart und eine Vier-Tage-Schulwoche gibt, wie lang die Pausen sind und wie sie verteilt werden, wie Ausfallstunden bzw. Vertretungen reguliert werden, wie der Stundenplan aussieht, dass Informationen zu Änderungen transparent kommuniziert werden
- » Schulregeln – z. B. Handynutzung/-verbot oder die Nutzung von Schuleigentum
- » Werte der Schulgemeinschaft, z. B. Inklusion oder Exklusion von nichtdeutschen Mitschüler*innen
- » Lehrer*innen und weiteres Personal – z. B. die Auswahl neuer Lehrer*innen und weiterem Personal, die Bestimmung von Klassenlehrer*innen, den Umgang mit Lehrer*innenmangel, die Bewertung von Lehrer*innen
- » Lehrpläne, Unterrichtsmethoden und -inhalte – z. B. dass mehr Vielfalt geboten, mehr Alltagsbezug hergestellt wird, dass es modernere Lehrpläne gibt, wie der Ablauf des Unterrichts erfolgt, wie Projekte inhaltlich und methodisch umgesetzt, wie Arbeitsgruppen zusammengestellt, ob und wie Hausaufgaben gegeben werden
- » Bewertung und Noten – z. B. dass Kreativfächer und Sport nicht bewertet werden, welches Notensystem gilt, dass transparent über Termine und Dauer von Leistungstests informiert wird, dass es Corona-Ausgleiche für bestimmte Klassen (Abitur) oder einzelne Schüler*innen gibt
- » Digitalisierung – z. B. die Schaffung gleicher Voraussetzungen an den Schulen, die einen einheitlichen und gerechten Zugang zu digitalen Ressourcen und damit die Sicherung guter Bildung für alle ermöglichen
- » Feste und Fahrten – z. B. über Ziele und Regeln für Klassenfahrten und Ausflüge, welche Feste überhaupt stattfinden sollen, und deren Ausgestaltung
- » das Schulessen – z. B. die Qualität und Menge, aber auch alternative Varianten, z. B. ein regelmäßiges vegetarisches/veganes Angebot
- » die Raumgestaltung in verschiedenen Dimensionen – z. B. wie die Schule insgesamt oder einzelne Klassenräume oder der Schulhof bzw. der Spielplatz der Schule gestaltet werden, dass es saubere Toiletten gibt, welche Pausenorte es gibt und wie die aussehen, aber auch, dass es Musik auf dem Schulhof gibt
- » die Ausstattung der Schule in allen Bereichen – z. B. welche neuen Möbel, welche Software angeschafft wird
- » Baumaßnahmen – z. B. Bau der neuen Mensa und
- » Finanzen – zumindest wollen sie da eine Transparenz über alle Ausgaben, die die Schule hat.

MITBESTIMMUNG AUF ARBEIT

Aus den Freifeldern der Onlinebefragung zu realisierten und gewünschten Beteiligungsstrukturen ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei der Schule: Mancherorts realisierte Beteiligungsthemen sind andernorts unerfüllte Wünsche. Allerdings muss hier mitgedacht werden, dass unter „Arbeitsstelle“ die selbstständige Tätigkeit in der Ein-Personen-Firma wie eine abhängige Beschäftigung in einem Großbetrieb verstanden und mitgeteilt wird. Insofern sind die Umsetzung von Gremien (Personalrat, Jugendarbeitsvertretung) und die Einbeziehung in Marketing, Betriebsabläufe, Workshops, Essenspausen etc. auch verschieden direkt möglich.

MITBESTIMMUNG IN DER FREIZEIT

In ihrer **Freizeit** können und wollen Jugendliche mitbestimmen über:

- » die verfügbare Zeit – z. B. dass es mehr Freizeit gibt oder das Wochenende verlängert wird
- » die Aktivitäten, die sie unternehmen wollen – z. B. welche Ausflüge organisiert werden und dass es mehr sind, welche konkreten Angebote es gibt, dass es Orte gibt, wo sie sich mit Freund*innen treffen können, welche Aktivitäten im Verein wie umgesetzt werden
- » die Zeiten, in denen sie Angebote nutzen können – z. B. die Öffnungszeiten von Freizeiteinrichtungen, aber auch Läden, oder Trainingszeiten im Verein sowie
- » die Schaffung und Gestaltung von Orten – z. B. die Schaffung von jugendgerechten attraktiven Treffpunkten, die Sport- und Spielplatzgestaltung, die Schaffung von städtischen Einrichtungen wie einem Zoo, aber auch die stadtweite Verfügbarkeit von Internet/WLAN

Aus den Freifeldern der Onlinebefragung wird deutlich, dass einzelne Jugendliche hier Orte finden, die durch eine grundsätzliche Partizipationskultur gekennzeichnet sind: „Bei wirklich allem. Zeiten, Programm, Aufwand, Inhalt von kreativen Dingen ...“. Dies lässt sich auch quantitativ an den Eintragungen – in Differenz zu den anderen Lebensbereichen – ablesen: 71 Einträgen⁸ zu realisierten Beteiligungsthemen stehen 48 Wünsche gegenüber; zum Vergleich: Bei der Schule stehen 114 Eintragungen zu realisierten Beteiligungsthemen 106 Wünsche gegenüber.

⁸ Gezählt wurden hier und nachfolgend nur inhaltliche und dem Fragesinn entsprechende Einträge.

WELCHE KONKRETE IDEEN FÜR EINE VERBESSERTE BETEILIGUNG HABEN JUGENDLICHE VORGESCHLAGEN?

Aufgrund der unterschiedlichen Beteiligungsformate im offenen Mitwirkungsprozess, haben Jugendliche manche Ideen nur kurz benennen können, ohne sie genauer auszuführen. Zum einen haben diese mit den Orten zu tun, an denen sich Jugendliche (selbstorganisiert) treffen können:

- » Jugendclubtour: alle 3 Jahre werden die Jugendclubs und deren Angebote durch Jugendliche nach einem Ampelsystem bewertet
- » Jugendforen: regelmäßig werden vor Ort Gespräche mit Jugendlichen zum Thema Jugendorte organisiert, alle Jugendlichen der Gemeinde/Kommune können gemeinsam über konkrete Sachverhalte beraten
- » Workshop „Jugendclub der Zukunft“ mit Jugendlichen
- » Zusammenschluss von Jugendgremien aus ganz Mecklenburg-Vorpommern, um flächendeckend nach Projektideen und Lösungen zu suchen, um Mecklenburg-Vorpommern attraktiver für junge Menschen zu machen, v. a. im Hinblick auf (kulturelle) Events
- » „Agentur für Jugendliche“ bzw. „Ministerium von Jugendlichen für Jugendliche“ (Arbeitstitel), wodurch z. B. der Zugang zu (Fach-)Wissen und Expertise erleichtert werden könnte, da das Ministerium als Anlaufstelle für junge Menschen bei der Umsetzung eigener Projekte und Wünsche, z. B. zur Gestaltung des öffentlichen Raums, fungieren könnte

Zum anderen beschäftigen sich die konkreten Ideen der Jugendlichen mit den Möglichkeiten, auf unterschiedlichen Ebenen mit Politiker*innen in einen ernsthaften Austausch über ihre Ideen und Lösungsansätze zu kommen. Dafür braucht es verbindliche Formen und sichere Rahmen, damit Jugendliche wirklich sprechen und ihnen zugehört wird. Sie machen zum Teil auch deutlich, dass ihnen das Festhalten und die Überprüfung von Ergebnissen (mit Konsequenzen) wichtig sind:

- » fester Tagesordnungspunkt bei Ratssitzungen zu Jugendthemen, bei dem Jugendliche sprechen, ihre Ideen, Forderungen, Lösungsvorschläge einbringen und diese aufgenommen werden
- » regelmäßige Runde Tische mit Politiker*innen in den Gemeinden, um Probleme zu besprechen und möglicherweise zu beseitigen
- » die Landesregierung zieht durch die ländlichen Regionen und klärt über ihre Arbeit auf
- » Workshops in Schulen, die über Beteiligungs- und Selbstvertretungsmöglichkeiten außerhalb der Schule aufklären; am Ende dieser Workshops gibt es die Möglichkeit, mit Kommunalpolitiker*innen in kleinen Gruppen zu sprechen
- » Aufruf an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, dass sich Jugendliche engagieren können und von konkreten Beispielen berichten, wo das schon geschieht
- » mehr Fishbowl-Diskussionen zwischen Jugendlichen und Politiker*innen etc., wie beim „Jugendpolitischen Jahresauftakt“

In Beteiligungsformaten, die mehr Raum ließen, wie z. B. Workshops und Jugendkonferenz, konnten Jugendliche ihre Ideen umfassender ausarbeiten:

- » Gründung einer Organisationsform zum Zusammenschluss von Jugendgremien in Mecklenburg-Vorpommern, um gemeinsam das Land für Jugendliche attraktiver zu machen. Dafür wollen die Jugendlichen
 - » einen Zusammenschluss der Jugendgremien organisieren,
 - » ein Agreement über gemeinsame Wertvorstellungen schaffen,
 - » eine Plattform für die landesweite Vernetzung einrichten (mit Unterstützung),
 - » Erfahrungen sammeln, weitergeben und nutzen,
 - » über eigene Finanzmittel für Projekte verfügen,
 - » eigene Räume nutzen können,
 - » eine fachliche Begleitung haben und
 - » eine*n Jugendbeauftragte*n als Ansprechperson und Vermittler*in genannt bekommen, besser noch selbst wählen.

Es gab auch schon erste Gedanken zur Struktur einer solchen Organisation:

- » aus jedem Jugendgremium sollen alle, die wollen, bis zum Alter von 24 Jahren teilnehmen können
- » es gibt eine Begleitung durch hauptamtliche Fachkräfte
- » zwei Jugendliche pro Gremium sind stimmberechtigt und stimmen im Interesse des eigenen Gremiums ab
- » alle drei Monate findet eine große Versammlung statt, dafür müssen sechs Wochen vor einer Versammlung die Tagesordnungspunkte feststehen
- » die Versammlungsorte wechseln und sind gut mit dem ÖPNV erreichbar
- » der Vorstand wird jährlich gewählt und besteht aus sechs bis acht gewählten Mitgliedern
- » Wahlpflichtkurs Politik konkret in der Schule, wobei zwischen verschiedenen Angeboten nach dem regulären Unterricht gewählt werden soll (gleichgesetzt mit z. B. Chor, Theater, Nachhilfe), konzeptionelle Eckpunkte eines solchen Kurses sind:
 - » Ziele: Interesse an Politik wecken, Zuwachs für Kinder- und Jugendbeteiligungsgremien
 - » Inhalte: Erweiterung des politischen Wissens und Austausch untereinander, u. a. zu Themen wie:
 - Wie rede ich mit Politiker*innen?
 - Mit welchen Formulierungen kann ich meine Ideen durchsetzen?
 - Was braucht es, um gehört und ernst genommen zu werden?
 - Wie werde ich laut?
 - Praktisches Arbeiten, z. B. Ausflüge in den Bundestag
 - » Struktur: Freiwilligkeit, ab der 7. Klasse, nach dem Unterricht, unbenotet, nicht von Lehrer*innen geleitet, sondern von Jugendarbeiter*innen

Darüber hinaus wurden schon erste konkrete Umsetzungsschritte überlegt:

Welche konkreten Ideen für eine verbesserte Beteiligung haben Jugendliche vorgeschlagen?

- » Was können Jugendliche machen? – Gespräche mit der Schulleitung und Lehrer*innen
- » Was kann Politik machen? – verstärkt Werbung über Social Media (Instagram, TikTok, Online Umfragen)
- » Was können das Sozial- und das Bildungsministerium machen? – Konzept erarbeiten

Insgesamt wünschen sich Jugendliche einen Austausch mit den zuständigen Politiker*innen und Ministerien, um Umsetzungsmöglichkeiten ihrer Lösungsansätze zu erörtern. Unter anderem sollen dazu die Bildungsministerin Simone Oldenburg, die Wissenschaftsministerin Bettina Martin und der Innen- und Digitalisierungsminister Christian Pegel eingeladen werden. Bei dem Treffen sollen konkrete Verabredungen getroffen werden, die nach einem vereinbarten Zeitraum auch überprüft werden.

ANMERKUNGEN ZUM KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNGSGESETZ (KIJuBeGe)

Das Thema KiJuBeGe war zunächst nicht Teil des offenen Mitwirkungsprozesses #mitmischenMV und wurde erst durch Dynamiken um das Gesetzgebungsverfahren in die Veranstaltungen aufgenommen. Dabei blieb aber unklar, inwiefern die Auseinandersetzung der Jugendlichen mit dem Gesetzesentwurf noch Einfluss auf die Ausgestaltung des Gesetzes hat. Nachfolgend sollen die Kommentare der Jugendlichen zum KiJuBeGe, zu denen sie im Mitwirkungsprozess explizit aufgefordert wurden, festgehalten werden.

WAS ERHOFFEN SICH JUGENDLICHE VOM KIJuBeGe?

- » mehr Mitsprache: „Dass Kinder und Jugendliche eine Stimme bekommen, denn im Moment haben sie keine, zumindest nur sehr schwach.“ (Umfrage Beteiligung vor Ort)
- » „Dass endlich was passiert, etwas für junge Menschen.“ (Umfrage Beteiligung vor Ort)
- » gleiche Rechte für alle Kinder und Jugendlichen
- » Kinder- und Jugendliche werden ernst genommen
- » Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche werden Pflichtaufgaben der Kommune
- » Forderungen Jugendlicher in die Politik können eingebracht werden und Umsetzung dieser Forderungen
- » Schaffung eines Landesjugendgremiums, das aus Mitgliedern der Jugendgremien besteht und auf Landesebene die Meinung Jugendlicher vertritt
- » Antragsrecht für Jugendliche in politischen Gremien
- » mehr Akzeptanz für die Belange von Kindern und Jugendlichen
- » mehr Einfluss in der Kommunalpolitik für Jugendliche, z. B. durch Jugendräte, die von Jugendlichen gewählt werden und die Anträge in der Kommune stellen und ein Vetorecht bei Anträgen in der Kommunalvertretung haben
- » mehr Beteiligung bei der Stadtplanung
- » eine starke Stimme für Kinder
- » mehr Mitsprache in der Schule
- » mehr politische Bildung in der Schule
- » Finanzmittel für Jugendgremien für Eigenausstattung und Aktionen sowie für Umfragen, um das effektive Wirken der Gremien zu garantieren, da die Meinung von Jugendlichen nur vertreten werden kann, wenn diese auch bekannt ist
- » mehr Online-Beteiligungsmöglichkeiten
- » Erweiterung der Freizeit- und Beteiligungsangebote für Jugendliche
- » bessere Information über Beteiligungsangebote
- » mehr Verbindlichkeit und Möglichkeiten zum Mitmachen
- » Bildung von Jugendgremien

- » mehr Orte für Jugendarbeit (Jugendtreffs, Freizeitangebote)
- » mehr Angebote auch in den Dörfern
- » inklusive Angebote
- » mehr Angebote, die den Alltag, das Leben Jugendlicher betreffen
- » kostenfreie Angebote
- » Orte und Zeiten von Beteiligungsgremien, die sich nicht mit Schulzeiten überschneiden bzw. unkomplizierte Freistellung von der Schule für bürgerschaftliches Engagement
- » Verbesserung des ÖPNV
- » bessere und häufigere Verbindungen
- » kostenlos für Kinder und Jugendliche
- » mehr Kindergeld
- » die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen der verschiedenen Kinder und Jugendlichen berücksichtigen
- » wählen dürfen
- » mehr politische Nachrichten bei TikTok, Instagram usw.

WAS BEFÜRCHTEN JUGENDLICHE IM HINBLICK AUF DAS KIJUBEGET?

- » die Pflicht zur Beteiligung ist mit „Soll-Regelungen“ und bezogen auf „ihre spezifischen Interessen betreffend“ zu wenig verbindlich formuliert und lässt zu viel Entscheidungsspielraum für die konkrete Umsetzung bzw. kann gegen die Interessen Jugendlicher ausgelegt werden
- » Kinder können manipuliert werden und bekommen dann eine Stimme, die gar nicht ihre ist
- » Machtmonologe bei Minister*innen
- » Anfälligkeit des Gesetzes für Lobbyismus durch Jugendvereine

WAS KRITISIEREN JUGENDLICHE AM KIJUBEGET?

- » die gesetzlichen Regelungen sind nicht kinder- und jugendgerecht formuliert, das ist eine große Hürde und schließt fast alle jungen Menschen aus den Prozessen aus
- » es fehlt eine eindeutige Formulierung, wie die Regelung entsprechend in der Kommunalverfassung/Hauptsatzung formuliert sein wird
- » es ist der Wunsch Jugendlicher, „wirklich MITbestimmen zu können“ (Dokumentation Jugend fragt nach) und das findet über das Rede- und Antragsrecht keinen verlässlich belastbaren Ausdruck
- » fehlende Legitimation durch wenig Regelung für Jugendparlamente
- » Jugendliche hätten sich gewünscht, früher konkret in die Erarbeitung des Gesetzes einbezogen worden zu sein, und äußern diesen Wunsch deutlich für zukünftige Gesetzgebungsverfahren, die sie im Kern betreffen; informiert zu werden, reicht ihnen nicht aus
- » was sie im Kern betrifft, möchten sie gern selbst entscheiden

- » kleine Meinungs-/Stimmungsabfragen in Social Media (Themen Schule, Freizeit, Gesellschaft) wären toll gewesen
- » Wieso gab es keine Werbung für Beteiligung am KiJuBeGe?

WAS SOLL AUS SICHT JUGENDLICHER AM KIJUBEGE GEÄNDERT WERDEN?

- » die Altersspanne auf 6 bis 27 Jahre festlegen
- » Sprache muss kinder- und jugendgerecht, leicht sein
- » Beteiligung als MUSS-Regelung soll gesetzliche Verankerung auf kommunaler Ebene finden, SOLL-Regelungen reichen nicht, sie können auch Nicht-Beteiligung bedeuten
- » junge Menschen wollen selbst entscheiden, über welche Fragestellungen und Belange sie mitentscheiden wollen

WAS SOLL IM KIJUBEGE NOCH GEREGLT WERDEN?

- » Ämter kontrollieren ihre Gemeinden bezüglich der Einhaltung des KiJuBeGe
- » Jugendbeteiligungs-Check für Gemeinden festlegen
- » Notensystem zur Erfüllung und Umsetzung des Beteiligungsgesetzes (öffentliches Ampel- bzw. Notensystem nach Kriterienkatalog)
- » Katalog zu Art, Häufigkeit und Partizipationsstufe der Beteiligungsmöglichkeiten (nach anerkannten Qualitätskriterien der Beteiligung)
- » Mindestquote von Jugendlichen
- » 100 % der Jugendlichen müssen über Entscheidungen und Vorhaben in der Gemeinde altersgerecht informiert und befragt werden, vorzugsweise digital
- » Vorschläge zur Umsetzung von Jugendbeteiligung für die Gemeinden und Gebietskörperschaften
- » mehr belastbare Verbindlichkeit in den §§ 1 bis 3
- » Konkretisierung von §2 Absatz 2 „angemessene und geeignete Weise“
- » Was gilt als „angemessen“?
- » nicht nur ein Rede- und Antragsrecht, sondern auch ein Stimmrecht klar regeln
- » Anspruch der Jugendgremien auf fachliche Begleitung und wissenschaftliche Beratung
- » klare Regelungen, wie viele finanzielle Ressourcen für begleitende hauptamtliche Fachkräfte und für Sachkosten dauerhaft zur Verfügung gestellt werden
- » Berater*innen sollten von den Jugendlichen gewählt werden
- » bei über 2.000 Einwohnern muss Jugendgremium Rede- und Antragsrecht in allen jugendrelevanten Ausschüssen bekommen
- » Pflicht der Kommune zur Durchführung von Wahlen für Jugendgremien

WELCHE FRAGEN ZUM KIJUBEGE BLEIBEN BEI JUGENDLICHERN OFFEN?

- » Wer entscheidet, ob eine Gemeinde „soll“?
- » Wer sind die zu beteiligenden Kinder und Jugendlichen?

- » Ab welchem Alter gilt das Gesetz?
- » Findet Beteiligung digital oder analog statt?
- » Was passiert, wenn Ideen und Projekte nicht umgesetzt werden?
- » Wie erfolgt die Besetzung der Ombudsstelle?
- » Wie wird berücksichtigt, dass die Interessenvertretungen junger Menschen (Verbände/Vereine – und ihre Dachorganisationen) demokratisch legitimiert sind, Initiativen und projektbezogenes Engagement junger Menschen aber nicht?

WIE SOLL DAS KIJUBEGETZ UMGESETZT UND BEKANNT GEMACHT WERDEN?

- » Gesetzgeber muss das Gesetz auch in einfacher Sprache veröffentlichen
- » kinder- und jugendfreundliche Version zum Verständnis
- » komplexe Zusammenhänge müssen anschaulich vermittelt werden
- » einfache Visualisierung
- » Erklärvideos – Warum ist das Gesetz wichtig? Worum geht es im Gesetz?
- » kostenfreie Seminarangebote zur Weiterbildung von Jugendlichen zum KiJuBeGe
- » Jugendarbeiter*innen müssen Zeit für entsprechende Veranstaltungen mit Kindern und Jugendlichen haben
- » alle ansprechen
- » an Schulen gehen und Schüler*innen und Eltern aufklären
- » bei Arbeitsagentur informieren
- » konkrete Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen
- » mehr Werbung, Information zum Gesetz
- » Plakate mit Links zu Websites aufhängen
- » Flyer
- » Informationen auch über Soziale Medien
- » digitale Präsenz erweitern
- » Informationen zum KiJuBeGe müssen frei zugänglich sein